

Thema: Regenbogenfamilien stärken

Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ*-Elternteile die Verantwortung tragen, müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Wie wollen sie dies umsetzen und Beratungsangebote landesweit fördern?

CDU

Die Formen des Zusammenlebens und zusammen Liebens sind so vielfältig, wie die Menschen selbst. Sie verdienen Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Vielfalt und Zusammenhalt machen unsere Gesellschaft stärker und menschlicher. Wir bekennen uns zu der farbenfrohen Lebenswirklichkeit in unserem Land und fördern, mehr als zu irgendeinem Zeitpunkt zuvor, LSBTIQ*-Strukturen und -Projekte in ganz Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig treten wir denen entschieden entgegen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit das Wort reden. Für ein Leben in Freiheit und Würde, ohne Diskriminierung oder sogar staatliche Verfolgung, sind ganze Generationen mutiger Menschen auf die Straße gegangen. Für die CDU Nordrhein-Westfalen ist klar, dass wenn wir für die Rechte von und den Respekt gegenüber LSBTIQ* eintreten, niemand etwas verliert, sondern wir alle gewinnen. Wir engagieren uns auch in Zukunft gegen Diskriminierung und für Vielfalt und Zusammenhalt.

SPD

Wir wollen Familien stärken und Sichtbarkeit schaffen. Wir wollen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten, die in Landesregelung liegen Diversität als Thema stärken. Sichtbarkeit und Sprache müssen geschaffen und gelebt werden.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir wollen uns dafür einzusetzen, dass die beiden Landesärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe die Möglichkeit der Kinderwunschbehandlung von lesbischen Paaren mit Fremdsamen in ihren Berufsordnungen klar benennen und die Ärzteschaft in NRW umfangreich über den rechtlichen Rahmen informieren.

Es ist wichtig, dass in allen durch das Land NRW bereitgestellten Anträge, Formulare und Merkblätter Regenbogenfamilien berücksichtigt werden.

Wir wollen eine „Landeskoordinationsstelle Regenbogenfamilien“ schaffen, die nicht nur Regenbogenfamilien als Anlaufstelle dient und bestehende Strukturen vor Ort unterstützt und vernetzt, sondern allgemeine Informationen zur gesamten Thematik „Regenbogenfamilien“ bereitstellt sowie Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung von Behörden und Familienberatungsstellen durchführt.

Die Landesjugendämter sollen dazu veranlasst werden, eine spezifische Handreichung für die Jugendämter in NRW zu entwickeln, mit dem Ziel über Neuerungen im Zuge der Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare zu informieren.

Die vielfältigen Familienformen sollen in der Aus-, Fort-, und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften, Lehrkräften sowie von Fachkräften in der Familienberatung Berücksichtigung finden.

Wir wollen die Beschlussempfehlung der Enquetekommission zur Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen umsetzen und eine Bundesratsinitiative initiieren, welche eine moderne

Regelung zur kompletten Kostenübernahme für die ersten drei Versuche der Kinderwunschbehandlung durch die Krankenkassen herbeiführen soll. Solange dies nicht der Fall ist, soll das Land NRW sich am Förderprogramm des Bundes beteiligen, welches auch gleichgeschlechtlichen Paaren offen stehen muss.

FDP

Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Orientierung sowie daraus resultierenden Benachteiligungen treten wir entschieden entgegen. Wir wollen uns auch in den kommenden Jahren für die vollständige gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ* und Regenbogenfamilien sowie für Respekt und Vielfalt einsetzen. Darum wollen wir Freien Demokraten beispielsweise Aufklärungs- und Toleranzprojekte, unter anderem in Schulen und Jugendarbeit, stärker fördern.

Wir wollen die Bundesregierung auch im Bundesrat dabei unterstützen die Vorhaben für Regenbogenfamilien umzusetzen. Wir setzen uns bereits für lange für Elternschaftsvereinbarungen für Regenbogenfamilien, die bereits vor der Empfängnis die rechtliche Elternschaft und praktische Fragen wie das Umgangsrecht regeln, ein. Hierbei sollen die Rechte lesbischer Mütter und schwuler Väter gleichermaßen gewahrt werden.

Wir wollen einen besseren Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien mit mehreren Elternteilen. Dazu wollen wir, dass bei Stiefkindadoptionen – den einvernehmlichen Wunsch von Mutter, Vater und adoptionswilligem Stiefelternteil vorausgesetzt und sofern es dem Kindeswohl nicht widerspricht – das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleibt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die künstliche Befruchtung für lesbische Frauen geöffnet wird.

Wir treten dafür ein, dass Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen.

AfD

Kinder müssen unabhängig von ihrem Elternhaus gefördert werden. Eine besondere Förderung oder Benachteiligung aufgrund der Sexualität der Eltern lehnen wir ab.

Die AfD hat sich darüber hinaus immer für die Rechte der Eltern stark gemacht, das gilt selbstverständlich auch für Eltern aus den oben genannten Gruppen.

Die Linke

Wir fordern verbindliche Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter*innen in staatlichen Behörden, Kitas und Schulen, um struktureller Homo- und Transfeindlichkeit entgegenzuwirken. Wir wollen den Ausbau landesfinanzierter regionaler Beratungsstellen, insbesondere für trans* und inter* sowie Auf- und Ausbau von Angeboten für queere Jugendliche und queere ältere Menschen, insbesondere im ländlichen Raum voranbringen. Queere Projekte gehören außerdem in die Regelfinanzierung, um nicht prekär von Projektmitteln abhängig zu sein.

Die Piraten

Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine historisch gewachsene, strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Wir setzen uns für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander

LSVD #QueerCheck zur Landtagswahl NRW 2022



Verantwortung übernehmen. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften vor dem Gesetz gleichgestellt werden müssen.

Alle weiteren Antworten auf die LSVD-Wahlprüfsteine und die Auswertung des #QueerChecks:
www.nrw.lsvd.de/landtagswahl-2022/